

Über den Zusammenhang zwischen Freiheit und Bürgersinn

Kurz vor seiner Nominierung für das Amt des Bundespräsidenten veröffentlichte Joachim Gauck ein kleines Büchlein mit dem Titel „Freiheit, ein Plädoyer.“ Der Band, der eine Rede vor der Evangelischen Akademie in Tutzing aus dem Jahr 2011 dokumentiert, beginnt mit dem folgenden Satz: „Ich bin in diesem Land viel unterwegs, und nicht selten beschleicht mich das Gefühl, einer gewissen Minderheit anzugehören. Nicht etwa, weil ich aus Mecklenburg komme. Das ist es nicht, was dieses Minderheitsgefühl erzeugt. Es ist vielmehr meine tiefe Überzeugung, dass Freiheit das Allerwichtigste im Zusammenleben ist und erst Freiheit unserer Gesellschaft Kultur, Substanz und Inhalt verleiht.“

Tatsächlich erscheint das Thema Freiheit manchmal wie ein Fremdkörper in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion. Da wird heftig um die Frage gerungen, wie man in der Gesellschaft die soziale Gerechtigkeit oder die innere Sicherheit verbessern kann, es wird darüber nachgedacht, wie man mit administrativen Maßnahmen die Wirtschaft ankurbeln, die Geburtenrate oder das Ernährungsverhalten der Menschen verändern kann. Der Gedanke, dass es vielleicht sinnvoll sein könnte, nicht administrativ in das Leben der Menschen einzugreifen, dass sich Wirtschaft und Gesellschaft vielleicht besser entwickeln, wenn man das eine oder andere Mal auf das Erlassen von Gesetzen und Verordnungen und auf den Einsatz von Steuermitteln verzichtet, gilt meist mindestens als exotisch.

Dabei zeigen die vergleichsweise wenigen Untersuchungen, die es zum Thema Freiheit gibt, recht deutlich, dass es für die Entwicklung einer Gesellschaft in der Tat von entscheidender Bedeutung ist, welchen Stellenwert sie der Freiheit beimisst. Diese Feststellung bezieht sich nicht nur auf den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit und der Wirtschaftsleistung eines Landes, sondern es lässt sich ebenfalls zeigen, dass ein subjektiv empfundenen hohes Maß an persönlicher Freiheit wesentlich zur Lebenszufriedenheit eines Menschen beiträgt, mehr etwa als die Höhe des Einkommens. Darüber hinaus ist das subjektive Freiheitsgefühl eng mit dem Vertrauen in andere Menschen verknüpft. Vertrauen in andere Menschen wiederum ist eine Voraussetzung dafür, dass man sich in einer Gemeinschaft engagiert.

Diese Argumentationskette macht deutlich, dass es sich lohnt, den Zusammenhang zwischen der Bedeutung der Freiheit in einer Gesellschaft und dem bürgerschaftlichen Engagement etwas intensiver zu untersuchen. Seit Jahrzehnten wird in Deutschland intensiv darüber diskutiert, wie sich in einer Gesellschaft, die wegen des demographischen Wandels in den kommenden Jahrzehnten voraussichtlich mehr und mehr auf freiwilliges Engagement angewiesen sein wird, die Zahl der ehrenamtlich tätigen Bürger steigern lässt, doch das Thema Freiheit spielt bei der Debatte kaum eine Rolle.

Nun sieht es die Herbert Quandt-Stiftung als eine für sie besonders wichtige Aufgabe an, die Themen Freiheit und ehrenamtliches Engagement miteinander zu verknüpfen, denn der Zweck der Stiftung besteht darin, das Ideal einer eigenständigen Bürgergesellschaft zu fördern. Ausgangspunkt des Stiftungshandelns ist dabei „die Überzeugung, dass die Bindekräfte zwischen den verschiedenen Milieus, Kulturen und Generationen in der Initiativkraft des Einzelnen und der Einsatzbereitschaft für andere begründet sind.“ So lag es nahe, das Institut für Demoskopie mit der Durchführung einer Repräsentativumfrage zu den Themen Freiheit und bürgerschaftliches Engagement zu beauftragen. Ließ sich die Vermutung bestätigen, dass eine Kultur der Freiheit die wesentliche Voraussetzung für die Bereitschaft ist, sich ehrenamtlich zu betätigen? Und in welchem Maße ist die Bevölkerung überhaupt bereit, Tätigkeiten, die bisher vom Staat übernommen worden sind, durch ehrenamtliches Engagement zu ersetzen, wenn der Staat aus Kostengründen gezwungen ist, seine Aktivitäten zu verringern?“ Diese und weitere Fragen zum Verständnis der Motivation zu ehrenamtlichem Engagement wurden mit der Umfrage untersucht, die im Februar dieses Jahres stattfand. Befragt wurden 1600 Personen im Alter ab 16 Jahren. Im Folgenden können nur einige der wichtigsten Umfrageergebnisse kurz dargestellt werden. Die vollständige Untersuchung ist unter der Internetadresse <http://www.herbert-quandt-stiftung.de> kostenlos zugänglich.

Einer der Schwerpunkte der Untersuchung lag auf der Frage, welche Wertschätzung der Freiheit heute in Deutschland im Wettbewerb mit anderen gesellschaftlichen Zielen wie der Gleichheit oder der Sicherheit entgegengebracht wird. Es zeigte sich, wie auch bei früheren Untersuchungen zu diesem Thema, dass die Freiheit auf abstrakter Ebene ein hohes Ansehen genießt. Wenn man die Bevölkerung jedoch mit konkreten Situationen konfrontiert, in denen eine Entscheidung zugunsten der Freiheit oder zugunsten eines konkurrierenden Ziels gefällt werden kann, entscheiden sich bemerkenswert viele Deutsche gegen die Freiheit. Dennoch scheint

sich das gesellschaftliche Klima in jüngster Zeit zugunsten der Freiheit zu verschieben. Das vielleicht eindrucksvollste Beispiel hierfür bietet die folgende Frage, die das Allensbacher Institut seit dem Jahr 1955 immer wieder seinen Befragten vorgelegt hat: „Zwei Männer unterhalten sich über das Leben. Der eine sagt: ‚Jeder ist seines Glückes Schmied. Wer sich heute wirklich anstrengt, der kann es auch zu etwas bringen.‘ Der andere sagt: ‚Tatsächlich ist es so, dass die einen oben sind, und die anderen sind unten und kommen bei den heutigen Verhältnissen auch nicht hoch, so sehr sie sich auch anstrengen.‘ Was würden Sie persönlich sagen: Wer von beiden hat eher recht, der erste oder der zweite?“

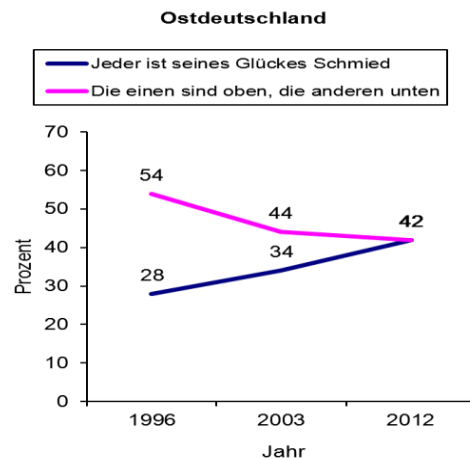
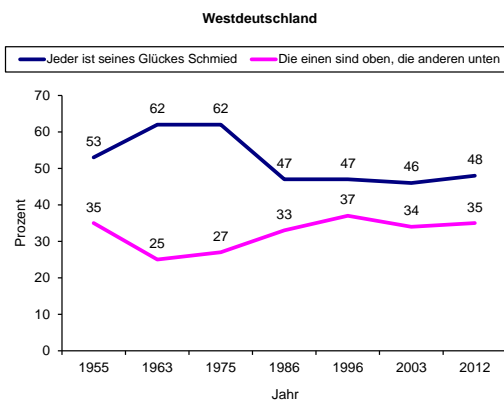
Die Frage ist für das Thema Freiheit untersuchen von besonderer Bedeutung, weil sie, ohne den schillernden und vieldeutigen Begriff „Freiheit“ selbst zu gebrauchen, die Grundhaltung anspricht, die die Voraussetzung dafür ist, dass jemand den Wert der Freiheit befürwortet: Nur wer annimmt, dass die meisten Menschen in der Lage sind, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und mit eigenen Kräften zum Erfolg zu bringen, wird auch den Wert der Freiheit als politisches und gesellschaftliches Leitprinzip befürworten können. Wer dagegen davon überzeugt ist, dass die meisten Menschen ihren äußeren Lebensumständen unentrinnbar ausgeliefert sind, wird auf Freiheit nicht viel Wert legen und stattdessen starke Eingriffe des Staates in das Leben der Menschen befürworten, die - nach dieser Vorstellung - ja in der Regel nicht in der Lage wären, sich selbst zu helfen.

In der alten Bundesrepublik war seit den 50er Jahren stets eine deutliche Mehrheit davon überzeugt, dass die meisten Menschen in der Lage sind, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen: „Jeder ist seines Glückes Schmied“ sagten im Jahr 1955 53 Prozent der Westdeutschen. In den 60er und 70er Jahren stieg der Wert sogar auf über 60 Prozent um in der folgenden Zeit auf etwas unter 50 Prozent zu sinken. Doch umgekehrt erreichte der Anteil derer, die sich für die Aussage „Die einen sind oben, die anderen unten“ entschieden, zu keinem Zeitpunkt die 40-Prozent-Marke. Als die Frage 1996 zum ersten Mal in den neuen Bundesländern gestellt wurde, meinte dort dagegen eine klare Mehrheit von 54 Prozent, die Menschen seien ihren Lebensumständen ausgeliefert. Lediglich 28 Prozent glaubten, dass jeder „seines Glückes Schmied“ sei. Heute dagegen besteht Gleichstand zwischen den beiden Positionen. Jeweils 42 Prozent sagen „Jeder ist eines Glückes Schmied“ und „Die einen sind oben, die anderen unten.“ Der Unterschied zu den alten Bundesländern hat sich erheblich verringert (Grafik 1).

Grafik 1

„Jeder ist seines Glückes Schmied“

Frage: „Zwei Männer/Frauen unterhalten sich über das Leben. Der/Die eine sagt: ‚Jeder ist seines Glückes Schmied. Wer sich heute wirklich anstrengt, der kann es auch zu etwas bringen.‘ Der/die andere sagt: ‚Tatsächlich ist es so, dass die einen oben sind, und die anderen sind unten und kommen bei den heutigen Verhältnissen auch nicht hoch, so sehr sie sich auch anstrengen.‘ Was würden Sie persönlich sagen: Wer von beiden hat eher recht - der/die erste oder der/die zweite?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 10086, Februar 2012

Angesichts einer solchen Entwicklung wäre es folgerichtig, wenn die Bereitschaft der Bürger zur eigenen Initiative und damit auch zum ehrenamtlichen Engagement zunähme. Die Daten aus dem Archiv des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigen jedoch, dass dies nicht oder nur in geringem Umfang der Fall ist. Zwar ist die Zahl der bürgerschaftlich Engagierten in den Gründerjahren der Bundesrepublik Deutschland erheblich gewachsen, doch seit drei Jahrzehnten stagniert sie, wenn auch auf hohem Niveau. Heute liegt sie bei 28 Prozent. Es spricht einiges dafür, dass ungefähr ein Drittel der Bevölkerung zu einer ehrenamtlichen Tätigkeit zu bewegen ist. So wird es für die nächsten Jahre vor allem wichtig sein, das derzeitige Niveau des ehrenamtlichen Engagements zu halten. Eine wesentliche Ausweitung des Kreises der Aktiven erscheint aus heutiger Sicht kaum möglich.

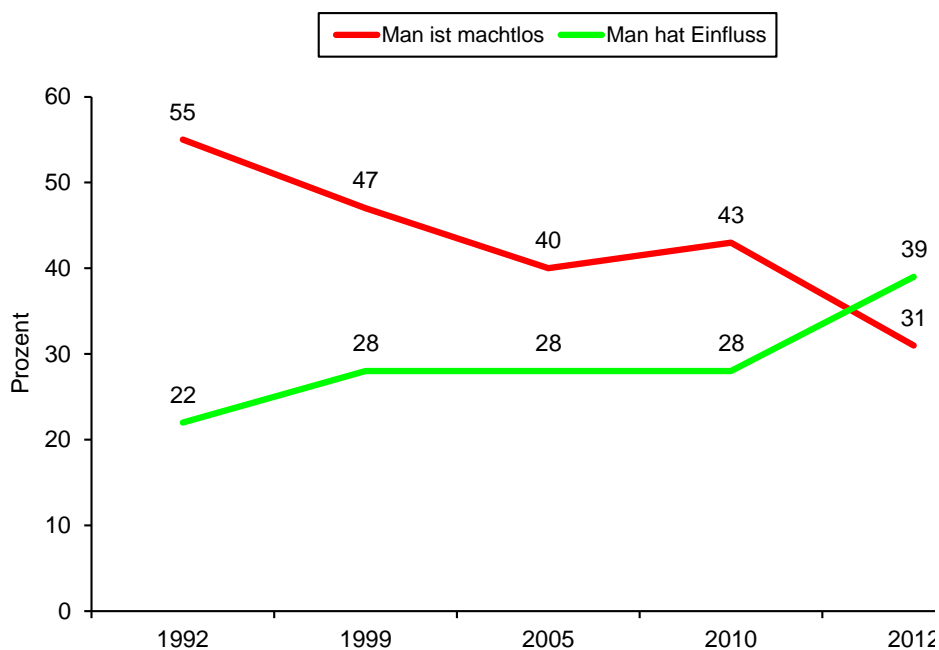
Immerhin aber hat sich das gesellschaftliche Umfeld in den letzten Jahren auffällig günstig entwickelt. Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die Antworten auf die Frage „Wie ist Ihr Eindruck: Hat man als Bürger Einfluss auf das, was hier am Ort

geschieht, oder ist man da machtlos?“ zu erkennen. Seit dem Jahr 1988, als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, bis ins Jahr 2010 antwortete stets eine klare Mehrheit der Befragten, man sei machtlos, man habe keinen Einfluss auf die Geschehnisse am Ort. Allerdings nahm der Anteil der Befragten, die diese Ansicht vertraten, seit dem Jahr 1992 fast kontinuierlich ab. Heute, im Jahr 2012, sagt zum ersten Mal eine - allerdings knappe - relative Mehrheit von 39 Prozent der Deutschen, man habe als Bürger durchaus Einfluss am Ort. Nur noch 31 Prozent meinen, man sei machtlos (Grafik 2). Damit, so muss man annehmen, haben sich auch die Chancen, Bürger für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen, zumindest theoretisch verbessert.

Grafik 2

Der Glaube an den eigenen Einfluss wächst

Frage: „Wie ist Ihr Eindruck: Hat man als Bürger Einfluss auf das, was hier am Ort geschieht, oder ist man da machtlos?“



An 100 fehlende Prozent: Unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 10086, Februar 2012

In der Untersuchung wurde eine Vielzahl weiterer gesellschaftlicher und individueller Einflussfaktoren auf die Bereitschaft untersucht, sich bürgerschaftlich zu engagieren. So zeigte sich beispielsweise, dass bei der Bevölkerung durchaus eine erhebliche Bereitschaft besteht, auf vielen Gebieten bisher staatliche Tätigkeiten durch freiwilliges Engagement der Bürger zu ersetzen, wobei recht klare Vorstellungen darüber existieren, auf welchen Feldern dies möglich ist und auf welchen nicht. Der Hauptzweck der Untersuchung bestand jedoch darin, Anhaltspunkte dafür zu finden, welches denn nun die wichtigsten Motive zum bürgerschaftlichen Engagement sind und damit die Punkte, die man besonders im Blick haben muss, wenn man versucht, die Kultur des Ehrenamtes in Deutschland weiterzuentwickeln. Es reichte deswegen nicht aus, eine Vielzahl von Faktoren zu bestimmen, die mit bürgerschaftlichem Engagement in Verbindung stehen, denn es bliebe dann unklar, wie groß ihr Einfluss auf die Einsatzbereitschaft der Bürger tatsächlich ist, weil viele von ihnen auch untereinander in Beziehung stehen. So ließ sich feststellen, dass ältere Menschen sich alles in allem eher engagieren als jüngere. Außerdem zeigte sich, dass Kirchenmitglieder eher freiwillige Arbeit leisten als Konfessionslose. Nun ist der Anteil der Kirchenmitglieder in der älteren Generation aber größer als in der jüngeren. Was also ist hier die treibende Kraft? Sind die Älteren aktiver, weil sie Kirchenmitglieder sind? Oder sind die Kirchenmitglieder aktiver, weil sie älter sind? Um dies festzustellen, wurden die Untersuchungsergebnisse einer Regressionsanalyse unterzogen. Mit diesem mathematisch-statistischen Analyseverfahren wird errechnet, welchen Einfluss beispielsweise das Alter der Befragten auf ihre Bereitschaft zur ehrenamtlichen Arbeit hat - unabhängig von der religiösen Orientierung, der Bildung, dem Geschlecht und anderen Variablen.

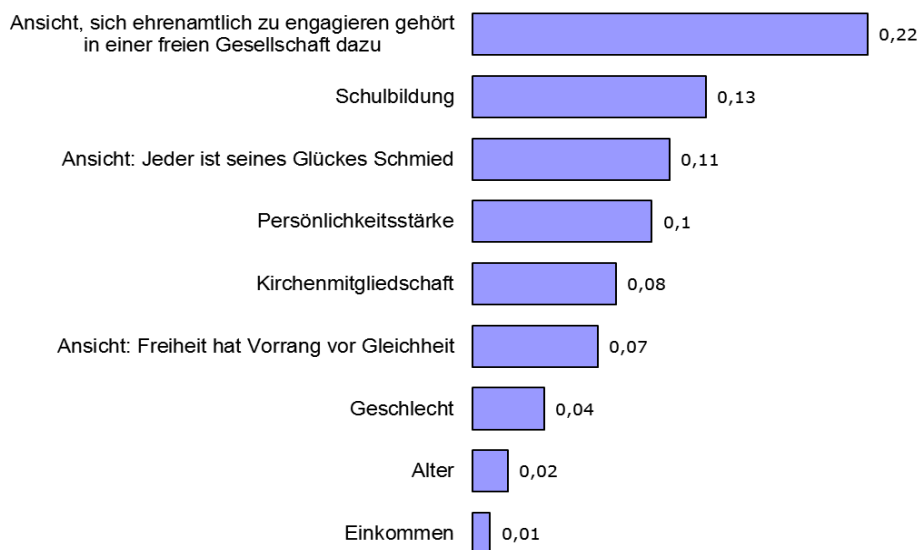
Das Ergebnis der zeigt, dass Freiheit tatsächlich eine der Schlüsseldimensionen ist, wenn es darum geht, das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland zu befördern. Einige Faktoren, von denen man zunächst annehmen konnte, dass sie von Bedeutung sein könnten, leisten keinen eigenen Beitrag zur Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren. Darunter fallen das Alter und das Einkommen der Befragten. Weitere wichtige Faktoren wie die Kirchenmitgliedschaft und die Persönlichkeitsstärke, entziehen sich weitgehend den Gestaltungsmöglichkeiten der Politik.

So bleiben letztlich zwei Punkte übrig, die weltanschauliche Einstellungen betreffen, die letztlich ein Produkt des gesellschaftlichen Klimas sind, in dem sich die Menschen bewegen, und die damit zumindest im Prinzip auch im Zeitverlauf variabel sind. Beide haben mit dem Wert der Freiheit zu tun: Menschen, die der Ansicht sind, jeder sei seines Glückes Schmied, die also eine Grundhaltung einnehmen, die die

Voraussetzung für eine Befürwortung eines freiheitlichen Gesellschaftsprinzips ist, sind eher bereit sich bürgerschaftlich zu engagieren als andere Befragte. Das gleiche gilt für Personen, die im Konfliktfall die Freiheit der Gleichheit vorziehen (Grafik 3). Darüber hinaus gibt es Hinweise aus anderen Studien, dass in einer freien Gesellschaft, in der der Staat wenig ins Leben der Bürger eingreift und wenig Verhaltensmaßregeln festlegt, anders als oft angenommen wird, moralische Normen, soziale Kontrolle und damit auch das bürgerliche Verantwortungsgefühl nicht verfallen, sondern im Gegenteil gestärkt werden. Damit lässt sich das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland wahrscheinlich am ehesten dadurch stärken, dass man dem Wert der Freiheit zur größtmöglichen gesellschaftlichen Anerkennung verhilft.

Grafik 3

Einflussfaktoren auf die Bereitschaft, sie bürgerschaftlich zu engagieren (Auszug)



Beta-Werte. Die ersten sechs Werte sind statistisch signifikant
 Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10086, Februar 2012

Autoren Dr. Christof Eichert ist seit Dezember 2010 Geschäftsführender Vorstand der Herbert Quandt-Stiftung. Dr. Thomas Petersen ist Projektleiter im Institut für Demoskopie Allensbach (IfD Allensbach).

Kontakt: Christof.Eichert@herbert-quandt-stiftung.de;
tpetersen@ifd-allensbach.de